

# Stadt Siegen

## NIEDERSCHRIFT

### über die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: 13.02.2002  
von: 16:00 Uhr  
bis: 18:45 Uhr  
Ort: Rathaus Siegen, Ratssaal

#### Anwesend waren:

##### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender  
Boller, Joachim  
Dreisbach, Jürgen  
Elter, Uwe  
Fries, Traute  
Holzäpfel, Dr., Heinz  
Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Schiemer, Hansgeorg  
Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Köhl, Siegfried  
Moll, Ilona  
Mues, Gunter  
Rothenpieler, Wilhelm  
Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Schulte, Werner  
Siebel, Helmut

##### II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

### A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die nachgereichte Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird unter Punkt 3 beantwortet.

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Köhl bestimmt.

**29. HFA 13.02.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

**29. HFA 13.02.2002**

**3. Fragestunde****3.1. Sachstand Aktionsprogramm Lokale Agenda 21 Siegen**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2002

Die Antwort von Herrn Kühn ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf die Zusatzfrage von Herrn Boller erklärt Herr Kühn, dass dem Rat turnusmäßig ein mal jährlich über nicht ausgeführte Beschlüsse berichtet wird.

**Anlage:**

**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 06.02.2002 zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Siegen am 13.02.2002**

**- Sachstand Aktionsprogramm Lokale Agenda 21 Siegen -**

Die Fragen beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung:

In Zusammenhang mit der Vorlage des Zwischenberichtes wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Verwaltung den Prozess moderiert, die Basisarbeit aber primär in den Arbeitsgruppen unter maßgeblicher Beteiligung des ehrenamtlichen Engagements geleistet werden soll.

Nach dem Wegfall einer hauptamtlichen Stelle des Agenda-Beauftragten lassen sich zunächst zwei Feststellungen treffen:

1. Der Standard der Betreuung der Arbeitsgruppen musste zwangsläufig reduziert werden.

2. Auch innerhalb der Arbeitsgruppen ist eine rückläufige Beteiligung erkennbar; eine Feststellung, die übrigens auch in anderen Städten und Kreisebene erkennbar ist.

Frage 1:

Welche MitarbeiterInnen sind in den jeweiligen Fachbereichen für die Agenda-Arbeitsgruppen und damit für den Fortlauf des Agenda-Projektes zuständig (Zur Erinnerung: Die Ansprechpartner waren erst teilweise benannt.)?

Antwort:

Es besteht derzeit folgende Zuteilung zu den Arbeitsgruppen:

- AG „Stadtökologie“, Herr Dr. Kraft, FB 7/4
- AG „MigrantInnenpolitik“, Herr Engelmann, Büro Bürgermeister/Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
- AG „Mobilität“, Herr Heide, FB 9/2 (Straße und Verkehr)
- AG „Regionale Vermarktung“, Frau Schumacher, FB 1/1
- AG „Alter Aktiv“, Unterstützung durch Frau Schneider, Büro Bürgermeister/Seniorenbüro
- Arbeitsgruppen „Eine Welt“, „Friedenskultur“ und „Privathaushalte erleben Agenda“, Frau Michel-Otto, FB 1/1
- Die AG „Kinder und Jugendliche“ existiert nicht mehr, so dass keine Betreuung erfolgt.
- AG „Lebens- und Arbeitswelt von Frauen“ ist über die Gründungsphase nicht hinausgekommen.

Zur Arbeitszeit können keine pauschalen Angaben gemacht werden. Sie richtet sich neben der regelmäßigen Arbeit zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen der einzelnen AGs individuell nach der anfallenden Projektarbeit (z. B. die Durchführung der Ausstellung „Rassismus Nein“ und der Kabarett-Veranstaltung „Gegen rechte Gewalt“ im Oktober/November letzten Jahres).

Im Fachbereich 1/1 steht durch Frau Michel-Otto und Frau Schumacher insgesamt eine halbe Stelle (19,25 Stunden pro Woche) für die Lokale Agenda zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppen wurden in der Sitzung des Lenkungskreises am 25. September 2001 über die konkreten Ansprechpartner in der Verwaltung informiert. Die Ansprechpartner wurden durch Frau Schumacher in die Arbeitsgruppen eingeführt.

Frage 2:

Welche MitarbeiterInnen der Verwaltung sind zu Mitgliedern der verwaltungsinternen Projektgruppe bestellt worden?

Antwort:

Wegen vorübergehend anderer Prioritätensetzung und da die anfallende Agenda-Arbeit nach Wegfall des bis dahin hauptamtlichen Agenda-Beauftragten zum 01.06.2001 weitergeführt und aufgearbeitet werden musste, erfolgte noch keine Einberufung und Organisation einer verwaltungsinternen Agenda-Arbeitsgruppe. Dieses Projekt ist jedoch in Vorbereitung.

Frage 3:

Wann, mit welchen Themen und mit welchen Ergebnissen fand die erste Sitzung der Projektgruppe statt? Wie viele Treffen haben bisher insgesamt stattgefunden? Wann wird der Rat der Stadt Siegen über die gesamten Ergebnisse unterrichtet?

Antwort:

Die Beantwortung dieser Frage ist derzeit noch nicht möglich.

Frage 4:

In der von der Verwaltung verfassten und vom Rat der Stadt Siegen zur Kenntnis genommenen Vorlage heißt es auf Seite 6 u. a.: "Es ist eine intensive Aufklärungsarbeit der VerwaltungsmitarbeiterInnen über die Thematik Lokale Agenda durchzuführen, damit Verwaltungshandeln und Lokale Agenda nicht aneinander vorbeilaufen ..." Was wurde hierzu in den vergangenen Monaten konkret unternommen? Wie werden verwaltungsseitig die Ergebnisse eingeschätzt? Was wurde zu den anderen auf Seite 6 der Verwaltungsvorlage (1052/01) geschilderten Notwendigkeiten bisher getan?

Anwort:

Die Einrichtung einer verwaltungsinternen Agenda-Arbeitsgruppe und die umfassende Information der VerwaltungsmitarbeiterInnen ist ein angestrebtes Ziel. Dies ist jedoch nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten möglich. Die zur Verfügung stehenden MitarbeiterInnen sind neben der Betreuung der Arbeitsgruppen, der Arbeit auf Kreisebene, der Herausgabe einer kreisweiten Agenda-Zeitung, der Organisation von Agenda-Projekten u.v.m. auch noch mit der Erstellung eines Wohnbauflächenkonzeptes, der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes und der Erstellung eines Gewerbeflächenkonzeptes befasst. Daher war es bislang nicht möglich, sich gleichzeitig auf den verwaltungsinternen Ablauf zu konzentrieren.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist die Herausgabe einer kreisweiten Agenda-Zeitung in Vorbereitung.

Die stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Agenda-Prozess ist ein erstrebenswertes Ziel. Von Seiten des zuständigen Geschäftsbereiches wurde dem Fachbereich 1 mitgeteilt, dass die Betreuung der damals noch existierenden Agenda-Arbeitsgruppe „Jugendliche“ u. a. aufgrund fehlender personeller Kapazitäten derzeit nicht möglich ist. Mittlerweile gibt es das eigenständige Agenda-Projekt „Einbeziehung von Jugendlichen in den Agenda-Prozess, Schwerpunkt Ökologie“, das beim Verein für soziale Arbeit und Kultur mit einer hauptamtlichen Kraft angesiedelt ist.

Als ein Baustein zur Lokalen Agenda hat der Verwaltungsvorstand im Dezember 2001 beschlossen, dass die Stadt Siegen an dem zweijährigen Modellprojekt des Landes NRW „Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung“ teilnimmt. Es handelt sich hierbei um den Bereich „Bau und Energie“. Die Vorbereitungen zu diesem Projekt sind im Dezember 2001 angelaufen. Es ist fachbereichsübergreifend angelegt, und wird vom Fachbereich 7/4 federführend koordiniert.

#### Frage 5:

Weshalb wurde der Beschluss des Rates (Erstellung eines Aktionsprogramms bis Ende 2001) nicht ausgeführt? Weshalb wurde der Rat nicht unaufgefordert und zeitnah über die Nichtdurchführung seines Beschlusses informiert?

Welche personellen, organisatorischen und sonstigen Maßnahmen hat der Bürgermeister ergriffen, um in Zukunft sicherzustellen, dass alle Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse ausgeführt werden?

#### Antwort:

Da der Grundgedanke der Agenda 21 das „Bürgerschaftliche Engagement“ darstellt und die Mitarbeit an der Agenda in Siegen somit rein ehrenamtlich erfolgt, kann die Verwaltung nur in Zusammenarbeit und auf freiwilliger Basis der Akteure ein Aktionsprogramm zu erstellen. Das Aktionsprogramm sollte aus Vorschlägen der einzelnen Arbeitsgruppen zusammengestellt werden und die zukünftige Arbeit - insbesondere wenn es um die finanzielle Bezuschussung von Projekten geht - strukturieren. Dieses sollte in dem Lenkungskreis koordiniert werden.

Vom Selbstverständnis der Agenda her kann das Aktionsprogramm weder von der Verwaltung angeordnet noch eingefordert werden. Vom Agenda-Lenkungskreis wurde in seiner letzten Sitzung am 05. Februar 2002 beschlossen, möglichst bis zur nächsten Sitzung am 11. März 2002 die Projektideen aus den Arbeitsgruppen einzubringen und diese dann zu koordinieren.

#### Frage 6:

Wann wird die Verwaltung einen erneuten Gesamtbericht zur Entwicklung der Loka-

len Agenda in Siegen geben?

Antwort:

Die Verwaltung wird das Aktionsprogramm als Verwaltungsvorlage zusammengefasst voraussichtlich vor der Sommerpause dem Rat der Stadt Siegen zur Kenntnis geben können. Voraussetzung ist, dass bis dahin die Projektideen aus den Arbeitskreisen erstellt wurden und diese im Lenkungskreis abgestimmt werden konnten.

gez.  
Ulf Stötzel

**29. HFA 13.02.2002**

#### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

##### **4.1. Bericht Aufgabenkritik und Gebäudemanagement**

Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2002

Die SPD-Fraktion sah sich zu dem Antrag veranlasst, so Herr Kirchhöfer, da von Herrn Bürgermeister Stötzel bei verschiedenen Gelegenheiten und zuletzt im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2002 der Fragenkomplex angesprochen und die Vorlage von Ergebnissen in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt wurde. Nach Auffassung der SPD-Fraktion hätte dies spätestens zur heutigen Sitzung erfolgen müssen, um bei der Beratung des Haushaltes erste Schlüsse daraus ziehen zu können.

Herr Bürgermeister Stötzel hält fest, dass ein erheblicher Abstimmungsbedarf mit den einzelnen Abteilungen besteht. Auf Grund sehr unterschiedlicher Erfahrungen mit dem Gebäudemanagement in anderen Städten und Gemeinden, ist es erforderlich, die Thematik sehr intensiv und umfassend zu prüfen.

Herr Lehmann berichtet, dass der erste Sachstandsbericht zur Aufgabenkritik in der nächsten Sitzung des Verwaltungsvorstandes behandelt und anschließend zur Beratung in den politischen Gremien eingebracht werden soll. Auch zum Gebäudemanagement liegt dem Bürgermeister ein Entwurf vor. Dieses komplexe Thema mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Umsetzungsmöglichkeiten soll in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungsvorstandes erneut diskutiert und anschließend dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Erklärtes Ziel des Bürgermeisters ist es, in diesen Aufgabenblöcken bereits in 2002 Einsparungen zu erreichen.

Für Herrn Kirchhöfer sind die Auskünfte angesichts der Bedeutung dieser Bereiche für die Gestaltung des Haushalts sehr unbefriedigend. Er bittet um Information, seit wann die Unterlagen dem Bürgermeister vorliegen.

Herr Boller stimmt den kritischen Anmerkungen von Herrn Kirchhöfer zu und hält einen Zeitraum von mehr als 6 Wochen bei Zusage eines "kurzfristigen" Berichts für nicht akzeptabel.

*Protokollanmerkung:*

*Nach Mitteilung des FB 2 wurde die Verwaltungsvorlage "Zentrale Gebäudewirtschaft" dem Bürgermeister am 18.01.2002 übergeben.*

**29. HFA 13.02.2002**

## **5. Haushalt 2001 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlagenr. 1709/2002 - Vorlage vom 31.01.2002

Herr Baumeister führt aus, dass das endgültige Rechnungsergebnis im Wesentlichen mit dem vorläufigen übereinstimmen wird, wobei allerdings die Frage der Restbildung einen besonderen Stellenwert einnehmen wird.

Der Abschluss des Verwaltungshaushaltes hat letztlich nicht die Fehlbetragsausweitung erbracht, wie sie unterjährig zu befürchten war. Dennoch ist die Gesamtfehlbetragsausweitung dramatisch.

Insbesondere die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen mit einem Verlust von rd. 18 Mio. DM gegenüber dem Ansatz 2001 haben das Ergebnis erheblich beeinflusst. Im Vergleich zum Jahr 1999 bedeutet dies einen Rückgang von 24,2 %.

Mehreinnahmen und Ausgabeesparungen im Bereich der Sachausgaben konnten erreicht werden. In diesem Bereich wird die Bildung von Haushaltsausgaberesten einen wesentlicher Faktor darstellen und die mittelfristige Finanzplanung beeinträchtigen. Ziel ist es, unter Berücksichtigung der Eckdaten die Haushaltsausgabereste auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Der Vermögenshaushalt wird ausgeglichen abgeschlossen, wobei sich das Investitionsvolumen auf rd. 45,5 Mio. DM beläuft. In einer Größenordnung von rd. 15 Mio. DM werden Haushaltsreste insbesondere für die Weiterführung begonnener Maßnahmen gebildet werden müssen. Die Kreditermächtigungen wurden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen und können in Höhe von ca. 4,1 Mio. DM als Haushaltseinnahmereste in das Jahr 2002 übertragen werden.

Hinsichtlich der Schuldenentwicklung ist hervorzuheben, dass es zum dritten Mal gelungen ist, den Schuldenstand für investive Maßnahmen zu stabilisieren.

Bezug nehmend auf die Wortmeldung von Herrn Boller erklärt Herr Baumeister, dass die Bildung von Haushaltsresten in die Entscheidungsbefugnis des Kämmers fällt. Den politischen Gremien wird die Liste entsprechend dem Handlungsrahmen des Innenministers für Haushaltssicherungsgemeinden vorgelegt mit der Intention zu überdenken, welche Positionen vor dem Hintergrund der Haushaltslage entbehrlich sind.

**29. HFA 13.02.2002**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2001 Kenntnis.

**6. Haushalt 2002****6.1. Beratung der Haushaltsstellen in der Zuständigkeit als Fachausschuss**

Vorlagenr. 1710/2002 - Vorlage vom 29.01.2002

Namens der CDU-Fraktion beantragt Herr Dreisbach, den Ansatz bei HHSt. 1.000.6313.1 - Partnerschaftsjubiläum Siegen - Ypern - auf 15.000 € zu erhöhen. Da für diese Veranstaltungen aus EU-Mitteln Zuschüsse gewährt werden, kann der Differenzbetrag auf der anderen Seite als Einnahmeposition veranschlagt werden.

Herr Baumeister hält fest, dass im Fall einer Bewilligung dieser Betrag auch überplanmäßig als zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden kann. Er bittet, insbesondere bei freiwilligen Leistungen im Hinblick auf die aufsichtsbehördliche Prüfung zurückhaltend zu agieren.

Die SPD-Fraktion akzeptiert den Vorschlag des Kämmerers, so Herr Kirchhöfer, und wird den Antrag nicht unterstützen.

Herr Boller sieht aus grundsätzlichen Erwägungen die Finanzierung von Partnerschaftsbegegnungen kritisch, da diese zu wenig als Begegnung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Vor einer Erhöhung des Ansatzes möchte er erfahren, welche Aktivitäten geplant sind. Die haushaltstechnische Frage sollte bis zum Rat geklärt werden.

**Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):**

Der Ansatz bei HSt. 1.000.6313.1 - Partnerschaftsjubiläum Siegen - Ypern - wird um 7.330,00 € auf 15.000,00 € erhöht und eine entsprechende Einnahmeposition in Höhe von 7.330,00 € eingesetzt.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Gegenstimmen SPD, UWG),  
1 Enthaltung (GRÜNE)**

Im Übrigen stimmt der Haupt- und Finanzausschuss den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätzen zu.

## 6.2. Einbringung des Entwurfs des Stellenplans 2002 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagennr. 1623/2001

### Änderungsliste zum Stellenplanentwurf 2002 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagennr. 1623/2001 A - Vorlagen vom 05.12.2001 und 14.01.2002

Herr Lehmann verweist auf den Vorschlag der Verwaltung im Fachausschuss, auf die 1/2 Mehrstelle im Fachbereich 5 zu verzichten.

Das Rechnungsergebnis des SN A für 2001 beläuft sich auf 107.590.219,66 DM. Das entspricht einer Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 1,44 % und gegenüber der vorgegebenen Steigerungsrate von 1,09 %.

Die Kalkulation der Personalkosten für 2002 schließt mit 55.861.000,00 €. Gegenüber dem gedeckelten Personalkostenansatz 2001 entspricht dies einer Steigerungsrate von 1,9 %, wie in der Vorlage auf Seite 3 dargestellt. Der Fachausschuss hat am 31.01.2002 empfohlen, die Kosten auf 55.300.000 € zu begrenzen. Eine weitere Überprüfung der Altersabgänge hat keine neuen Erkenntnisse zur Kostenreduzierung erbracht. Der außergewöhnlich hohe Personaleinsatz im Winterdienst hat zu ca. 5.000 Überstunden geführt, die mit zusätzlichen Lohnkosten von 200.000 € bis 230.000 € im SN A abgedeckt werden müssen.

Die Ausführungen der Verwaltung haben deutlich gemacht, so Herr Kirchhöfer, dass die pauschale Begrenzung der Personalkosten keine Substanz enthält. Die zusätzlich erforderlichen Mittel zur Vergütung des Winterdienstes sind zu finanzieren, die tariflichen Entwicklungen lagen bereits im Vorfeld über der angesetzten Quote. Die Deckelung auf nunmehr 55.300.000 € ist erkennbar nicht umzusetzen, es sei denn, Kündigungen sollen künftig nicht ausgeschlossen werden.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Einrichtung von 1/2 Stelle "Kindertageseinrichtung Gläserstraße" und 2 Stellen "Brandmeister" entgegen der mehrheitlichen Empfehlung des Fachausschusses vorzunehmen. Zu letzterem ist auf den kürzlich beschlossenen Brandschutzbedarfsplan zu verweisen. Um den Bereich der Bauunterhaltung, insbesondere Hochbau, auf einem möglichst hohen Niveau zu verstetigen, sollten zeitlich auf 2 Jahre befristet 2 Stellen eingerichtet werden. Die Stelle unter lfd. Nr. 33 in der Abteilung 7/5 ist zur Erfüllung der Aufgaben in eine Vollzeitstelle umzuwandeln.

Zur Gegenfinanzierung wird beantragt, die Stellen "Historiker/in" und "Fachbereichsleiter/in 9" zu streichen, da beide Stellen nicht besetzt und somit entbehrlich sind.

Herr Mues führt aus, dass zwar vieles wünschenswert, aber nicht alles finanzierbar ist.

Die Stelle "Historiker/in" wurde bisher in den Personalkosten nicht kalkuliert. Die CDU-Fraktion sieht nach wie vor die Notwendigkeit einer zweiten wissenschaftlichen Stelle, möchte aber aus Kostengründen in 2002 von einer Besetzung absehen. Die Stelle "Sachbearbeitung für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung" ist nach neueren Erkenntnissen nicht zwingend erforderlich. Es besteht daher die Möglichkeit, diese zu streichen und statt dessen eine Stelle "Brandmeister/in" vorzusehen. Im Übrigen hält die CDU-Fraktion ihre im Fachausschuss unterbreiteten Vorschläge aufrecht.

Zur Deckelung der Personalkosten bleibt die CDU-Fraktion bei der Auffassung, dass der Rat nicht im Einzelnen über die Streichung von Stellen entscheiden kann sondern die Verwaltung aufgefordert ist, den Beschluss umzusetzen. Da diese Aufgabe zufriedenstellend gelöst wurde, sollte auch in 2002 so verfahren werden. Angesichts der nicht vorhersehbaren Mehrkosten für die Durchführung des Winterdienstes wird jetzt lediglich gegenüber dem Antrag im Personalausschuss eine Reduzierung um 300.000 € beantragt.

Herr Boller vertritt die Auffassung, dass auch seitens des Rates konkrete Einsparvorschläge vorgelegt werden sollten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält die Stelle "Fachbereichsleiter/in 9" für entbehrlich, möchte aber im Gegenzug die Sachbearbeitungsebene verstärken. Die Mehrstelle in der Kindertageseinrichtung Gläserstraße ist aus Sicht seiner Fraktion unverzichtbar, die Mehrstellen im Brandschutz waren bereits bei der Verabschiedung des Brandschutzbedarfsplanes erkennbar. Die Aufrechterhaltung der Stelle "Historiker/in" / hält er im Hinblick auf eine tatsächliche Besetzung in den nächsten Jahren für fragwürdig.

Als zuständiger Fachdezernent weist Herr Baumeister darauf hin, dass der Feuerchutz eine kommunale Pflichtaufgabe ist und die punktuellen Verbesserungsnotwendigkeiten bereits im Brandschutzbedarfsplan aufgezeigt wurden. Der bisherige Personalausfallfaktor für den Bereich der Hauptamtlichen Wache ist nicht mehr auskömmlich und muss aufgestockt werden. Eine Ablehnung hätte zusätzliche Überstunden und Bereitschaftszeiten zur Folge, die in Form von Freizeit ausgeglichen werden müssen, wodurch der Ausfallfaktor weiter steigen würde.

Die F.D.P.-Fraktion ist bei der Verabschiedung des Brandschutzbedarfsplanes davon ausgegangen, so Herr Walter, dass die erforderlichen Stellen besetzt werden. Der Kompensation einer Stelle durch Wegfall der Stelle für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung kann er zustimmen, ebenso der Rücknahme der Personalkosten- deckelung auf Grund der Mehrkosten für den Winterdienst.

Herr Bürgermeister Stötzel stellt die Anträge wie folgt zur Abstimmung:

---

**Beschluss (über die Anträge der SPD-Fraktion):**

- Dem Verwaltungsvorschlag zu lfd. Nr. 16 "Kindertageseinrichtung Gläserstraße" wird gefolgt.
- Dem Verwaltungsvorschlag zu lfd. Nr. 27 und 28 "Brandmeister/in" wird gefolgt.
- Die Stelle unter lfd. Nr. 33 "Planung und Bauleitung von Neubaumaßnahmen, Gebäudeunterhaltung" wird als Vollzeitstelle ausgewiesen.
- Die Stelle "Fachbereichsleiter/in 9" wird ersatzlos gestrichen.
- Die Stelle "Historiker/in" wird ersatzlos gestrichen.

**Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD, GRÜNE), 8 Stimmen dagegen (CDU), 1 Enthaltung (BM)**

---

**Beschluss (über die Anträge der CDU-Fraktion):**

Die in der Anlage III "N.N.-Stellen" aufgeführten Stellen

Nr. 16 "Erzieher/in in der Kindertagesstätte Gläserstraße",  
Nr. 17 "Sachbearbeiter/in Wohngeldbewilligung",  
Nr. 23 "Sachbearbeiter/in zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung",  
Nr. 25 "Sachbearbeiter/in für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung" und  
Nr. 28 "Brandmeister/in im Brandschutz und Rettungsdienst

werden ersatzlos gestrichen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU), 5 Stimmen dagegen (SPD, UWG), 2 Enthaltungen (GRÜNE, BM)**

---

**Beschlussvorschlag:**

Vorlagen vom 05.12.2001 und 14.01.2002

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- die Stellenübersicht für den Stellenplan 2002 sowie,
- die Anlagen I (Einsparstellen), II (Mehrstellen), III (N.N.-Stellen - Stand Januar 2002) und IV (Stellenumwandlungen).

mit folgenden Änderungen:

Die in der Anlage III "N.N.-Stellen" aufgeführten Stellen

Nr. 16 "Erzieher/in in der Kindertagesstätte Gläserstraße",  
Nr. 17 "Sachbearbeiter/in Wohngeldbewilligung",  
Nr. 23 "Sachbearbeiter/in zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung",  
Nr. 25 "Sachbearbeiter/in für Aufgaben nach der Landeshundeverordnung" und  
Nr. 28 "Brandmeister/in im Brandschutz und Rettungsdienst

werden ersatzlos gestrichen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 6 dagegen, 1 Enthaltungen**

**6.4. Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2002, des Investitionsprogrammes 2001 - 2005 und der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2001 - 2005/2008**

Vorlagenr. 1711/2002 - Vorlagen vom 31.01. und 01.02.2002

**Beratungsgrundlage: Anlage 2 - Ausgaben**

**HHSt. 1.591.9502.3 - Baukosten Naherholungsgebiet Numbach -**

Herr Kirchhöfer beantragt namens der SPD-Fraktion, den Ansatz zugunsten der Straßenunterhaltung (Beseitigung von Witterungsschäden) zu streichen. Angesichts der baulichen Erweiterung der Beruflichen Schulen sollten derzeit im Bereich Numbach keine weiteren Veränderungen vorgenommen werden.

**Beschluss (über den Antrag der SPD-Fraktion):**

Der Haushaltsansatz unter HHSt. 1.591.9502.3 - Baukosten Naherholungsgebiet Numbach - wird gestrichen.

**Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Der Antrag ist damit abgelehnt.

---

**Straßenunterhaltungsmaßnahmen allgemein**

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Kirchhöfer, zusätzlich Mittel in Höhe von 400.000 € bereitzustellen.

**Beschluss (über den Antrag der SPD-Fraktion):**

Für Straßenunterhaltungsmaßnahmen werden zusätzlich 400.000 € bereitgestellt.

**Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung**

Der Antrag ist damit abgelehnt.

---

**HHSt. 1.651.9503.5 - K 4 - Brüderweg/Oststraße -**

Herr Kirchhöfer fordert, den Ausbau bis zur Straße "Schlossblick" fortzusetzen und von einer Verschiebung der Mittel abzusehen.

Herr Baumeister erläutert, dass die Finanzierung die zügige Abwicklung der Maßnahme sicherstellt. Durch die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung kann in 2002 im Grunde die gesamte Baumaßnahme ausgeführt werden. Es wäre lediglich in der mittelfristigen Finanzplanung 2003/2004 eine entsprechende Änderung nachzuvollziehen.

Der Antrag hat sich somit erledigt.

---

**Friedrichstraße zwischen Kölner Tor und Juliusstraße**

Herr Kirchhöfer bittet zu prüfen, inwieweit Mittel für die dringend notwendige Sanierung eingesetzt werden können.

Herr Bürgermeister Stötzel bestätigt die Notwendigkeit und hält fest, dass auf Grund des baulichen Zustandes nur ein Neuaufbau in Betracht kommt. Die Maßnahme wurde in das Förderprogramm nach GVFG aufgenommen. Nunmehr ist die Frage der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns zu klären. In Anbetracht der geringen Refinanzierung aus KAG-Beiträgen sollte zunächst sollte von einer realen Veranschlagung im Haushalt abgesehen werden.

Die SPD-Fraktion verzichtet auf eine Abstimmung, da die rechtlichen Voraussetzungen für eine Mittelbereitstellung noch nicht gegeben sind.

---

**HHSt. 1.631.9555.0 - Bus-Dispositionssystem am ZOB, Baukosten -**

Herr Mues beantragt für die CDU-Fraktion, diesen Haushaltsansatz und die korrespondierende Einnahmeposition ersatzlos zu streichen. Zur Begründung führt er aus, dass der ZOB seit mehr als drei Jahren ohne Dispo-System betrieben wird und keine Notwendigkeit für die Installation des Systems erkennbar ist. Zudem lassen die erheblichen inhaltlichen und zeitlichen Differenzen im Hinblick auf den Vertragsabschluss seiner Meinung nach darauf schließen, dass die VWS an dem System nicht ernsthaft interessiert ist. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass der

Busbereitstellungsplatz nun realisiert werden muss, wobei die Größe endgültig auf die des 1. Bauabschnittes zu beschränken ist.

Herr Boller misst demgegenüber dem Dispo-System für die Fahrgastinformation einen hohen Stellenwert zu. Die Einrichtung ist seiner Meinung nach unabhängig von der Haltung der VWS im Interesse des ÖPNV. Hinsichtlich des Busbereitstellungsplatzes teilt er inhaltlich die Auffassung der CDU-Fraktion, sieht aber haushaltsmäßig widersprüchliche Angaben. Ausweislich einer Vorlage für den Bauausschuss ist die Ausführungsplanung für das III. Quartal 2002 vorgesehen, womit die Finanzierung der Baukosten in diesem Jahr nicht haushaltswirksam wird. Er regt an, den Ansatz auf Null zu setzen und bittet, ein überarbeitetes Konzept im Hinblick auf eine Größenordnung von 25 - 27 Stellplätzen vorzulegen.

Herr Brune erläutert, dass der Vertragsentwurf nunmehr vorliegt und nach der abschließenden rechtlichen Überprüfung den politischen Gremien vorgelegt werden kann. Eine Entscheidung über die Realisierung sollte auf dieser Grundlage getroffen werden. Er erinnert daran, dass der ZOB mit Dispo-System und Busbereitstellungsplatz eine Einheit bilden und die Zahl der Halteplätze bewusst auch vor diesem Hintergrund begrenzt wurde. Auch die provisorisch gegenüber der City-Galerie angelegten drei Haltestellen sollen nach Inbetriebnahme entfallen.

Herr Bürgermeister Stötzel wirbt dafür, auf Basis der Vertragsvorlage zu entscheiden und die entsprechenden Haushaltsstellen bis dahin mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Die Vorlage des Vertragsentwurfs in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im April d. J. wird von Herrn Brune zugesagt.

Herr Mues betont, dass das Dispositionssystem aus Sicht der CDU-Fraktion nicht mehr benötigt wird und ein Schlussstrich gezogen werden soll.

Herr Köhl zeigt Verständnis für die Verärgerungen angesichts der unverständlich langen Verhandlungen. Ein übereilter Widerruf der Beschlüsse wird sich jedoch für die Bürger und Besucher der Stadt nachteilig auswirken.

Herr Kirchhöfer ergänzt, dass die von der CDU-Fraktion favorisierte kleine Lösung für den Busbereitstellungsplatz entsprechende technische Voraussetzungen bedingt. Daher befürwortet er den Vorschlag des Bürgermeisters.

Herr Schulte sieht die Zuständigkeit der VWS für die Information ihrer Fahrgäste, die über Mittel des Zweckverbandes Personennahverkehr sichergestellt werden kann.

Herr Dreisbach kann sich für die heutige Sitzung den vom Bürgermeister vorgeschlagenen Kompromiss vorstellen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 17.58 Uhr bis 18.10 Uhr unterbrochen.

Herr Mues teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Realisierung des Dispositionssystems in der angedachten Form weiterhin für entbehrlich hält. Ein ernsthaftes Interesse der VWS unterstellt, hätten die vertraglichen Regelungen längst getroffen werden können. Im Sinne einer sachgerechten Vorbereitung einer Entscheidung wird die CDU-Fraktion einem Sperrvermerk zustimmen.

**Beschluss:**

Die Haushaltsstellen 1.631.3626.0 und 1.631.9555.0 - Bus-Dispositionssystem am ZOB - werden mit einem Sperrvermerk versehen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

Herr Baumeister informiert über eine Entscheidung des Landes, ab 2002 die Städte und Gemeinden an der Krankenhausfinanzierung zu beteiligen. Ein Verteilungsschlüssel liegt noch nicht verbindlich fest. Vorsorglich wird verwaltungsseitig im Rahmen des Jahresabschlusses 2001 ein Betrag in Höhe von 480.000 € als Investitionskostenbeitrag berücksichtigt.

---

**Beratungsgrundlage: Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse****HHSt. 1.460.7180.5 - Zuschüsse für TOT-Heime**

Da in einer Vorlage für den Fachausschuss die Thematik aufgearbeitet werden soll schlägt Herr Mues vor, den Ansatz in der ursprünglichen Höhe beizubehalten.

Herr Kirchhöfer stimmt dem Vorschlag zu.

---

**HHSt. 1.270.9402.0 - Umbau, Erweiterung (Mehrbedarf Schulhof Pestalozzischule)**

Herr Mues bittet, die Veränderung entsprechend der Empfehlung des Fachausschusses (+ 15.000 €) zu korrigieren.

---

**HHSt. 1.560.9411.0 und -9410.2 - Modernisierung Sportplätze Charlottental und Glückaufkampfbahn**

Herr Baumeister erläutert, dass im Fall einer positiven Zuschussentscheidung für eine Realisierung im Sinne der Ratsentscheidung zusätzlich ca. 450.000 € zu finanzieren sein werden. Er empfiehlt, die ursprüngliche Veranschlagung beizubehalten und die Bewilligung abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Vorschlag an.

---

neu UA 551 - Zuschüsse an Sportvereine für Instandsetzungsarbeiten

Herr Kirchhöfer schlägt vor, die Position im Verwaltungshaushalt zu streichen und einen Betrag in Höhe von 25.000 € bei der entsprechenden Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt zusätzlich einzustellen.

---

**Beschluss (über die Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse):**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die vorstehenden Änderungen zu den Empfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse zu beschließen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

---

**Beschluss (über die unter Punkt 6.2 beantragte Reduzierung des SN A):**

Die "Persönlichen Ausgaben SN A" werden gegenüber der Veranschlagung in Höhe von 55.861.060 € um 300.000 € auf nunmehr 55.561.060 € reduziert.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU), 6 Stimmen dagegen (SPD, GRÜNE), 1 Enthaltung (BM)****Zusammenfassend ergibt sich folgender Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- a) die Haushaltssatzung 2002 einschl. aller Anlagen mit den notwendigen Änderungen laut den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt/ Investitionsprogramm) unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

- Der Ansatz bei HSt. 1.000.6313.1 - **Partnerschaftsjubiläum Siegen - Ypern** - wird um 7.330,00 € auf 15.000,00 € erhöht und eine entsprechende Einnahmeposition in Höhe von 7.330,00 € eingesetzt.
- Die "**Persönlichen Ausgaben SN A**" werden gegenüber der Veranschlagung

in Höhe von 55.861.060 €

um 300.000 €

auf nunmehr 55.561.060 €

reduziert.

- Die Haushaltsstellen 1.631.3626.0 und 1.631.9555.0 - **Bus-Dispositionssystem am ZOB** - werden mit einem Sperrvermerk versehen.
- b) über die noch nicht berücksichtigten Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse zu den Festsetzungen von Haushaltssatzung/ Haushaltsplan 2002 (Anlage 3) wie folgt:

### Verwaltungshaushalt

HHSt.	Bezeichnung	HH-Ansatz bisher €	HH-Ansatz neu €	Veränderung zzgl./abzügl. €
1.452.7616.0	Betreuung ausländischer/deutscher Kinder und Jugendlicher	7.700	10.000	2.300
1.455.7174.0	Zuschuss zum Verein IFPAKE e. V.	17.900	18.900	1.000
1.551.7170.7	Zuschüsse zur Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen	102.300	107.300	5.000
1.551.7171.5	Zuschüsse an Turn- und Sportvereine	92.100	97.100	5.000
	<b>Mehrausgaben Verwaltungshaushalt</b>			<b>13.300</b>

### Vermögenshaushalt

HHSt.	Bezeichnung	HH-Ansatz bisher €	HH-Ansatz neu €	Veränderung zzgl./abzügl. €
1.270.9402.0	Umbau, Erweiterung (einschl. Schulhofgestaltung) - Mehrbedarf Schulhof Pestalozzischule	8.000	23.000	15.000
1.551.9880.0	Zuschüsse an Sportvereine	25.000	50.000	25.000
UA 690 neu	Ausbau des Sohlbachs	0	50.000	50.000
	<b>Mehrausgaben Vermögenshaushalt</b>			<b>90.000</b>

- c) die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2001 - 2005/2008 und unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2002 erfolgten Änderungen.

## 7. Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes

Vorlagenr. 1679/2002 - Vorlage vom 07.01.2002

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Schneider, für die Besoldungsgruppen ab A 10 eine Beförderungssperre von 9 Monaten zu erlassen.

Herr Bürgermeister Stötzel stelle die Empfehlung des Fachausschusses als weitestgehenden Vorschlag zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt die Fortschreibung des Personalkostenkonsolidierungskonzeptes, wobei im Haushaltsjahr 2002 die Beförderungen in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 BBesG für ein Jahr ausgesetzt werden.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 6 dagegen, 1 Enthaltungen**